

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 04 19. Februar 1997

→ **Europäisches Jahr gegen Rassismus** Seite 2

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin mahnt den Schulterschuß der europäischen Demokraten gegen Rechts an. Ein eigentlicher Erfolg könne jedoch nur durch den Abbau der Arbeitslosigkeit erzielt werden.

→ **„REP-Light“-Partei** Seite 3

Mit der Parole „Rettung der Deutschen Mark“ will der „Bund Freier Bürger“ in den nächsten Bundestagswahlkampf ziehen. Noch fehlt der Brunner-Partei, die die „Republikaner“ zuweilen auch rechts überholt, allerdings die Massenbasis.

→ **Rechtsextremisten in Parlamenten** Seite 8

Mandatsträger bundesdeutscher rechtsextremer Parteien haben meist durch Negativberichterstattung Schlagzeilen gemacht. Ein von Nordrhein-Westfalen finanziertes Forschungsprojekt hat jetzt anhand mehrerer Fallstudien die Arbeit der Rechtsaußen-Parlamentarier untersucht.

→ **Keine Nest- beschmutzung** Seite 10

Die Kölner Polizei hat damit begonnen, ihre eigene Geschichte während der NS-Zeit aufzuarbeiten.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 16 41, Fax 25 99 16 54

1997 - Europäisches Jahr gegen Rassismus

Von Siegfried Vergin MdB

Gerade hat die EU das Jahr gegen Rassismus in Den Haag eröffnet. Ein politisches Signal für Toleranz und gegen Rassismus soll damit gesetzt werden. Rassismus braucht nicht so spektakulär auszufallen wie in Dolgenbrodt, wo für einen fremdenfeindlichen Anschlag Geld gesammelt wurde. - Jeder denkt bei Rassismus an Gewalttaten, zu wenige an die tägliche Diskriminierung. „Die Demokratie wird bedroht durch den Rechtsextremismus“: Ein Satz, der 1997 mit Leben gefüllt werden muß. Wie schwierig das in der Praxis ist, zeigt ein Blick auf die französische Provinzstadt Vitrolles. Dort erreichte die Kandidatin der rechtsextremen „Front National“ 47 Prozent der Wählerstimmen und konnte sich dann in der Stichwahl durchsetzen. Zu den „Schuldigen“ werden die Ausländer erklärt. Strategien gegen Rechtsextremismus sind für die Wähler in Vitrolles im politischen Program der Demokraten nicht sichtbar gewesen. Und wie ist es bei uns? Wird das „Europäische Jahr gegen Rassismus 1997“ genutzt für den in Herbst '97 beginnenden Wahlkampf, auf den Stichworte wie „Innere Sicherheit“, „Ausländerkriminalität“, „Kinder-Verordnung“ und vor allem die Jugendarbeitslosigkeit düstere Schatten werfen.

Das Europäische Jahr soll ein Signal für Toleranz und gegen Rassismus bringen. Dazu muß das Rad nicht neu erfunden werden. Deshalb stehen Erfahrungsaustausch und Informationen über vorbildliche Praktiken im Vordergrund. Für das politische „Europa“ ist das Thema „Rassismus“ kein Neuland. In der Vergangenheit gab es Untersuchungsausschüsse, eine Reihe von Erklärungen und Entschlüssen des Rates, des Parlaments und der Kommission. Zahlreiche Berichte liegen vor. Die darin gemachten Vorschläge warten bis heute auf eine Verwirklichung durch die nationalen Regierungen. 1995 hat der Europarat die Europäische Kampagne gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz durchgeführt. Deren Erfolg mag die EU-Mitgliedstaaten bestärkt haben, sich für ein Europäisches Jahr zu entscheiden. Der Schulterschuß der europäischen Demokraten ist nötig: noch gelangt in Spanien gedrucktes, in Deutschland verbotenes Material problemlos über den Umweg Großbritannien in die Bundesrepublik. Das Europäische Parlament hat mehrfach dafür

plädiert, das Verbot der Holocaust-Leugnung in sämtlichen Mitgliedstaaten der EU gesetzlich zu verankern. Das Beispiel zeigt gerade, daß die einzelnen Mitgliedstaaten aktiv werden müssen. Eben hat die britische Labour Partei einen Vorschlag im Unterhaus vorgelegt, wonach die Holocaust-Leugnung als Straftat erklärt werden soll.

Europäische Erklärungen, Berichte - das ist eine Sache. Dem Europäischen Jahr eine Basis geben, das ist eine andere. Der Schwerpunkt liegt auf Aktionen vor Ort im jeweiligen Mitgliedstaat. Viele Initiativen, Organisationen in der Bundesrepublik planen Projekte, die von einem Ausschuß unter Vorsitz des BMI koordiniert werden. Der „SZ“-Journalist Heribert Prantl fragt zu Recht: Warum sind die deutschen Aktivitäten zum Jahr gegen Rassismus nicht in die Hände der Ausländerbeauftragten Schmalz-Jacobsen gelegt worden? Mehrfach haben wir die Bundesregierung befragt, was sie plant. Die Antworten weisen Altbekanntes wie die Aufklärungskampagne „Fairständnis“ aus. Die interessanten Projekte stammen von NGO's. Die Palette reicht von der Stuttgarter Ausstellung „Abenteuer Ehe - Heiratsmigrantinnen gestern und heute“, über Lehr- und Lernmaterial aus dem Internet gegen Rassismus, zahlreiche Theater- und Filmfestivals bis zum Projekt des Türkischen Studentenverbands.

Engagement kostet Geld. 4,7 Millionen ECU stehen zur Verfügung, die auf 15 Mitgliedstaaten zu verteilen sind. Kontinuierliches Engagement wird nicht belohnt. Einmalige Projekte mit direktem Bezug zum Europäischen Jahr sollen gefördert werden. In den Papieren wird die enge Zusammenarbeit mit dem Europarat beschworen. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Geld gibt es nur für Teilnehmer aus der EU. Eigenmittel des Bundes und/oder der Länder sind nicht vorgesehen. Man gewinnt den Eindruck, die Bundesrepublik muß kein Signal geben für das Europäische Jahr. In der Bundesrepublik gehen die Uhren eben anders: hier wird das Europäische Jahr gegen Rassismus 1997 auch erst Anfang März in Berlin eröffnet.

Bei aller Notwendigkeit, Signale gegen Extremismus zu setzen, darf aber nicht vergessen werden, daß der eigentliche Erfolg gegen Rechts nur erreicht wird, wenn die sozio-ökonomischen Probleme der Industriestaaten gelöst werden und dabei steht der Abbau der Arbeitslosigkeit an vorderster Stelle.

(Siegfried Vergin ist Sprecher der Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Bundestagsfraktion)

„REP-Light“-Version wittert Morgenluft:

Retter der Deutschen Mark

Der „Bund Freier Bürger“ macht mit rechtspopulistischen Sprüchen gerne von sich reden. Zur Verbreitung ihres politischen Programms fehlt der gut tausend Mitglieder zählenden Honoratiorenpartei allerdings die Massenbasis. Eine Listenverbindung mit anderen Ultrarechtsparteien für die Teilnahme an den nächsten Bundestags- und Europawahlen wird in Erwägung gezogen.

Wer eine rechte und bundesweite Alternative sowohl zu den Unionsparteien als auch den REPublikanern sucht, kann nach einigem Hin und Her auf eine Partei stoßen, die in der parlamentarischen Landschaft nahezu gänzlich unbekannt ist: der „Bund Freier Bürger“ (BFB).

Einen etwas größeren Bekanntheitsgrad genießt der Bundesvorsitzende des BFB Manfred Brunner. Brunner, von 1965 bis Oktober 1993 Mitglied der FDP, zeitweilig Präsidiumsmitglied seiner Partei und von 1983 bis 1988 FDP-Landesvorsitzender von Bayern, wurde im September 1992 in seiner Funktion als EG-Kabinettschef in Brüssel von EG-Kommissar Martin Bangemann (FDP) entlassen, nachdem er öffentlich gegen die geplante Wirtschafts- und Währungsunion polemisierte. Drei Monate später reichte er Verfassungsbeschwerde gegen den Maastricht-Vertrag beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein. In der BFB-Homepage ist dazu im INTERNET zu lesen: „Als Manfred Brunner und seine Prozeßbevollmächtigten das Bundesverfassungsgericht anriefen, wurden sie zur Keimzelle einer neuen politischen Bewegung. Denn nach dem Urteil des Gerichts war die Gründung eines >Bundes Freier Bürger< gegen den europäischen Zentralstaat und zur Rettung der deutschen Mark nur noch eine Frage der Zeit. Tausende von Briefen ermunterten Brunner. Tausende von Bürgerinnen und Bürgern boten ihre Hilfe an und bedrängten ihn, eine Partei zu gründen, um Deutschlands Freiheit und Kultur zu bewahren.“

Dies setzte der „Bürgerheld“ (Focus) am 23. Januar 1994 mit der Gründung des BFB („bürgerliche Reformpartei der rechten Mitte“, so Brunner) im hessischen Wiesbaden in die Tat um. Neben Brun-

ner wurden weitere 34 Mitglieder in den Vorstand der Honoratiorenpartei gewählt, die sich hauptsächlich aus Angehörigen freier Berufe - Rechtsanwälte, Apotheker, Ärzte, Mittelständler - zusammensetzt.

Sein politisches Verständnis machte Brunner in der „Jungen Freiheit“ (JF), die er auch juristisch vertritt, öffentlich: „Wer die >Junge Freiheit< verteidigt, verteidigt deshalb auch die Freiheit selbst.“

„Wahrheit der Medienlinken“

BFB-Sprachrohr ist das Monatsblättchen „Deutschland Brief“ (Untertitel: Hintergrundinformationen, Argumente & Fakten für freie Bürger“), herausgegeben von Brunner. Chefredakteur ist Bruno Bandulet.

In der Dezember-Ausgabe des „Deutschland Briefes“ wird der Leserschaft eine abstruse Feindbildbestimmung offeriert: „In den Medien gilt die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei auch heute noch als >rechts< oder >rechtsradikal<. Eine gigantische Geschichtsfälschung.“ Weiter ist zu lesen: „Die Fälschung ist eine vorbeugende Maßnahme der Medienlinken, denn man will ja vor allem verhindern, daß die Wahrheit an den Tag kommt, daß es sich bei der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei um einen radikalen Sozialismus, um einen nahen Verwandten des Sowjetsozialismus, gehandelt hat.“ Bei dieser gänzlich abwegigen Theorie handelt es sich um einen Nachdruck aus dem jüngst von Regina von Schrenck-Notzing, Ehefrau des „Criticon“-Machers Caspar von Schrenck-Notzing, herausgegebenen Bandes „Freiheit braucht Mut“, einer Zusammenstellung von Texten (Walter Hoeres, Klaus Hornung, Ernst Nolte, Gerard Radnitzky und Erwin Scheuch), die bei der Münchner „Winterakademie“, einem „intellektuellen Zirkel“ innerhalb des BFB, gehalten wurden. Regina von Schrenck-Notzing steht neben Wolfgang Hacker, Franz-Ulrich Willeke und Rolf-Dieter Gmeiner dem BFB-Vorsitzenden Brunner als Stellvertreterin zur Seite.

Brunner, der den BFB auch seit Frühjahr vergangenen Jahres im Münchner Stadtrat vertritt („Wir wollen eine grüne Stadt ohne rote Politik“), ist, wie sein Stellvertreter Gmeiner, Autor in der „Jungen Freiheit“. Daneben greift er auch für die revanchistische Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ zur

Feder, sendet Grußbotschaften an den rechtsextremen „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ und tritt als Referent bei den Berliner „Dienstagsgesprächen“, einer „Art Kontakthof zwischen führenden Personen aus Wirtschaft, Politik, Medien und Rechtsradikalen“ (F. Hundseder) auf. Beliebtes Objekt ist Brunner auch bei Neonazis. Das Thule-Mailboxnetz veröffentlicht regelmäßig seine Veranstaltungstermine, wobei Brunner den Kameraden als „Haider-Freund“ vorgestellt wird. Die Neonazi-Computerexperten über den BFB: „REP-Light“-Partei. Beachtenswert ist auch die Einschätzung von „Nation+Europa“, daß die Münchner REP-Stadtratsfraktion „regelmäßig von Manfred Brunners Freien Bürgern rechts überholt wird“.

Enge Kontakte pflegt Brunner zu rechtspopulistischen Gleichgesinnten in Westeuropa wie der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ), der italienischen „Lega Nord“, der britischen „Referendum Party“ und der französischen „Mouvement pour la France“.

Auf einer Klausurtagung von Präsidium und Bundesvorstand des BFB in Wiesbaden hat der BFB jüngst die Teilnahme an den nächsten Bundestags- und Europawahlen beschlossen. Vorrangiges Wahlkampfthema wird die „Rettung der Deutschen Mark“ sein. Gemeint ist jedoch nicht die konkrete deutsche Währung, sondern eine mit den Werten wie Fleiß und Sparsamkeit assoziierte mythologische Größe, die, gegen andere europäische Einflüsse abgegrenzt, deutsche Identität stiftet. Die D-Mark wird zum Fundament. Sich selbst erhebt man zur „Kampfgemeinschaft“ (Anzeigen in der Illustrierten Focus 47/95, 1/96). Die Ankündigung zu den Wahlen dürfte allerdings im Widerspruch zu der Tatsache stehen, daß der BFB noch immer kaum mehr als 1.000 Mitglieder hat.

In rechter Gesellschaft

Die auflagenstarke Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ wußte unlängst zu berichten, daß eine Listenverbindung zur Bundestagswahl zwischen dem BFB, der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU) und der „Deutschen Partei“ (DP) „nicht mehr ausgeschlossen“ werden kann. Alle drei Parteien gehören der „Initiative 3. Oktober“, einem losen Dachverband rechtsaußen von den Unionsparteien stehender Parteien, Organisationen, Grüppchen und versprengter Einzelaktivisten an.

Seit zwei Jahren führt die „Initiative 3. Oktober“ (Motto: „3. Oktober: Tag der Deutschen Einheit. Für die Bewahrung unserer nationalen Identität in einem freien Europa“) gemeinsam mit dem „Bündnis Konstruktiver Kräfte“ (BKKD) am 3. Oktober am Kyffhäuser (Thüringen) jährlich eine Festveranstaltung durch. Führender Kopf des „Bündnisses Konstruktiver Kräfte“ ist Lothar Lauck, ehemaliger Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) in Hessen. Mobilisiert wurde für die Veranstaltungen u.a. mittels Anzeigen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der JF. Mitgetragen wurde der Aufruf auch von Rechtsextremisten wie Wolfgang Juchem, Redner beim Rudolf-Heß-Gedenkmarsch im thüringischen Rudolstadt, Michael Krämer, einst Aktivist der zwischenzeitlich verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) und Hans-Ulrich Kopp, Pressesprecher der Deutschen Burschenschaften. Festredner 1996 war der emeritierte Bonner Politikologieprofessor und Anti-Antifa-Strategen Hans-Helmuth Knütter. Als weitere Redner beglückten die Anwesenden u.a. Roberto Rink (DSU) und Bernd-Thomas Ramb (BFB).

Mitte des letzten Jahres meldete sich ein ehemals führender Funktionär des BFB zu Wort. Karl-Peter Schlor war Gründungsfunktionär des BFB und bekleidete 1994/95 das Amt eines Beisitzers im Bundesvorstand und des Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg. Zwischenzeitlich soll Schlor wegen seiner NPD-Mitgliedschaft (1968/69) aus dem BFB ausgeschlossen worden sein. Den BFB verlassen mußte auch der Unternehmer Helmut Goj. Dieser tummelte sich unter mehreren Pseudonymen während seiner Amtszeit als stellvertretender nordrhein-westfälischer BFB-Landesvorsitzender im Thule-Mailboxnetz.

Schlors Artikel „Wie man es nicht machen sollte“ erschien bemerkenswerterweise sowohl im NPD-Organ „Deutsche Stimme“ als auch in der FPÖ-nahen „Aula“ und im REP-Organ „Der Republikaner“.

Schlor prangert in seinem Artikel vor allem den vermeintlichen Abgrenzungskurs Brunners zu den REPublikanern an. Brunners Kurs zielt darauf, rechtes Potential in das System zu integrieren. Auch die angestrebte Teilnahme an der Bundestagswahl werde sich angesichts nicht zusammenkommender Unterstützungsunterschriften auf das Ankreuzen eines Wahlzettels einer anderen Partei beschränken.

Anton Maegerle

Stationen eines rechten Parteiführers

**Der Anfang
vom Ende**

Nach Adolf Thadden, dem zweiten Vorsitzenden der NPD, ist nun mit Martin Mußnug der dritte innerhalb kurzer Zeit verstorben. Beide waren, was sie vereint, am Ende ihres Lebens nicht mehr Mitglieder der NPD. Sie trennt, was sie aus der Partei gemacht haben. Hatte die NPD unter von Thadden ihre besten Jahre, so übernahm sie Mußnug bereits nach ihrer Wende. Strategische Fehler, vor allem die versuchte Zusammenarbeit mit Gerhard Frey, aber auch erhöhter gesellschaftlicher Widerstand gegen eine Neonazi-Partei und die Unfähigkeit zu inneren Reformen waren ursächlich für diesen Abstieg. Als sich nach der deutschen Wiedervereinigung der erhoffte Wahlerfolg nicht einstellte, verließ Mußnug - kurz nach der erneuten, wenn auch mit 61 Prozent denkbar knappen Wiederwahl - Ende 1990 die NPD, der er immerhin 19 Jahre lang vorgestanden hatte.

Martin Mußnug, geboren am 22.2.1936, war bei Kriegsende gerade neun Jahre alt. Er gehörte zu den Nachgewachsenen, die sich um die Fortführung der Gedanken jener Bewegung bemühten, die nach der Überzeugung der großen Mehrheit der Deutschen zu Recht im Mai 1945 abtreten mußte. Als Student der Rechtswissenschaft beteiligte er sich am 17. Juni 1956 an der Gründung des „Bundes Nationaler Studenten“ (BNS) und blieb dessen Mitglied bis zum Verbot 1963. Zuvor bereits hatte er sich der „Deutschen Reichspartei“ angeschlossen, die unbestritten die Nachfolge der 1952 als neonazistisch verbotenen „Sozialistischen Reichspartei“ angetreten hatte. 1964 gehörte er zu den Mitbegründern der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“, deren Landesvorsitzender von Baden-Württemberg er 1968 wurde. Parallel dazu vollzog sich seine Karriere in der Bundespartei: auf dem 4. Parteitag 1969 in Wertheim ist er zu einem der drei Stellvertreter Adolf von Thaddens gewählt worden, 1971 wird er auf dem Parteitag in Holzminden Parteivorsitzender. Von kurzer Dauer - 1966-1972 - war die Tätigkeit als Abgeordneter im Stuttgarter Landtag; neben seinem Kumpan aus dem BNS, Peter Stöckicht, gehörte Mußnug zu den Wortführern der 12köpfigen NPD-Fraktion.

Mußnug hatte die Parteiführung übernommen, als sie sich in der Folge der mit 4,3 Prozent

(1.422.010 Stimmen) knapp verlorenen Bundestagswahl in einer inneren Krise befand. Die ihr zugerechnete nationale Rechte wanderte zu der nach dem Verlust der Regierungsbeteiligung sich unverhohlen nationalistisch gebenden CDU/CSU ab. Gegen die nach Meinung des rechten Lagers antinationale Ostpolitik von Kanzler Willy Brandt mobilisierte die von Bernhard Wintzek, dem Herausgeber der Monatszeitschrift „MUT“, gegründete „Aktion Widerstand“, an der sich die NPD in der Anfangsphase beteiligte. Bereits 1971 zog der NPD-Bundesvorstand angesichts der Militanz der Aktion seine Unterstützung zurück. Zugleich sah sich der Vorsitzende von Thadden durch die innere Spaltung der Partei in hie Militante und dort reformbereite Nationalkonservative unter Druck und trat zurück. Nachfolger Martin Mußnug blieb zunächst bei dem im Karlsruher Parteiprogramm von 1967 verfolgten Kurs des Alten Nationalismus der Adenauer-Ära, trachtete aber zugleich die Partei von der Radikalisierung und damit Verbotsgefahr fernzuhalten. Um den Mitgliederschwund zu stoppen, suchte er im Vorfeld der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 das Bündnis mit der 1971 gegründeten „Deutschen Volksunion“ des Gerhard Frey, die jedoch vom Bundesvorstand abgelehnt wurde. Die Partei erlitt in der Bundestagswahl mit nur noch 0,6 Prozent der Stimmen eine vernichtende Niederlage, das Ende ihrer parlamentarischen Rolle war kurz zuvor mit dem Auszug aus dem Landtag von Baden-Württemberg eingeläutet worden.

1975 versuchte Mußnug weiteres Mal eine Kooperation mit Gerhard Frey. Er konnte den DVU-Vorsitzenden zum Beitritt zur NPD bewegen, der jedoch nur von kurzer Dauer war, weil die Delegierten des Ketscher Parteitages 1975 Frey den versprochenen stellvertretenden Parteivorsitz verweigerten. Mußnugs Versuch, der NPD eine „moderne“ Programmatik zu verschaffen, scheiterte. Er wurde überholt durch die, u.a. von Franz Schönhuber 1983 gegründeten „Republikaner“, die als zeitgemäßere nationale Parteiorganisation an Aufwind gewannen. Die NPD blieb bei Wahlen erfolglos; fehlende Wahlkampfkostenerstattung beförderten die Finanzkrise der Partei. Die Enttäuschung über unzureichende Unterstützung durch die Partei führte alsbald zum Austritt Mußnugs. Er betätigte sich zunächst bei der „Deutschen Allianz“ und dann bei ihrer Nachfolgerin, der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“. Mußnugs politische Laufbahn neigte sich damit bereits ihrem Ende zu.

Klaus-Henning Rosen

Auseinandersetzung um NPD-Zentrum in Eningen:

Ungeliebte Erben

Rund 3.000 Menschen protestierten am Samstag, den 1. Februar, gegen die NPD-Villa in Eningen (Kreis Reutlingen) unter dem Motto „Kein JN/NPD-Zentrum in Eningen und anderswo!“. Initiiert wurde die Veranstaltung gegen die „nationale Begegnungsstätte“ der NPD und der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) in der 10.000 Seelen-Gemeinde am Rande der Schwäbischen Alb von verschiedenen antifaschistischen Gruppen und Organisationen. Zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen hatten daneben auch zahlreiche Gewerkschafter, darunter der Ortsjugendausschuß der IG Metall, die vier Eninger Kirchengemeinden, die Initiative Eninger Bürger/innen gegen ein Nazizentrum und mehrere Landtagsabgeordnete.

Eine kurzfristige Gegendemonstration der NPD („Sicherheit durch Recht und Ordnung - gegen Gewalt und Intoleranz“) für den 1. Februar wurde vom Landratsamt Reutlingen wenige Tage vorher verboten. Dennoch wurde über diverse „Nationale Infotelefone“ weiter nach Eningen („alle verfügbaren Kameraden“) mobilisiert. Am Samstag vormittag fanden sich dann in der Villa mehrere Dutzend Rechtsextremisten ein, die unter der Führung von Holger Apfel kurzfristig in den benachbarten Landkreis Böblingen zu einer Veranstaltung fuhren. In der verbarrikadierten Eninger Villa blieb lediglich eine Handvoll Anhänger der „Jungen Nationaldemokraten“ zurück. Vermummt und teilweise mit Steinen und Stöcken bewaffnet patrouillierten die Rechtsextremisten auf dem Anwesen in der Schillerstraße. Die Polizei, rund 500 Polizeibeamte waren im Einsatz, hielt sich weitgehend im Hintergrund und setzte erfolgreich auf Deeskalation. Bei einer Auftaktkundgebung und einer Abschlußkundgebung formulierten zahlreiche Redner und Rednerinnen, unter ihnen der katholische Theologieprofessor Norbert Greinacher aus der nahen Universität Tübingen, ihre Kritik und ihre Besorgnis über das rechtsextremistische Schulungszentrum. Hingewiesen wurde insbesondere auf die Rolle der „Jungen Nationaldemokraten“, die in den letzten Jahren sich weg von der bloßen Jugendorganisation der NPD entwickelt haben. Inzwischen handele es sich um ein Sammelbecken

zahlreicher Rechtsextremisten und Neonazis. So fänden sich auch ehemalige Kader und Mitglieder verbotener neonazistischer Vereinigungen wie der „Nationalistischen Front“, der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ und der „Wiking-Jugend“ in den Reihen der JN wieder.

„Schulungen in Kommunalpolitik“

Im Februar 1994 vermachten die völkischen Schwestern Charlotte und Frida Krieg posthum dem Bundesverband der NPD ihr Anwesen. Der Gesamtwert der Immobilie beträgt rund 2,2 Millionen Mark. Anfänglich meldete der damalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert (57) seinen Zweitwohnsitz in Eningen an. Mit der Inhaftierung Deckerts im November 1995 wurde es jedoch nur kurzfristig ruhiger. Es fanden und finden regelmäßig Treffen und Veranstaltungen, auch unter internationaler Beteiligung, von NPD und JN in Eningen statt. Vergangenen Herbst zogen der seit 1993 amtierende Bundesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“, der 25jährige Verlagskaufmann Holger Apfel, sowie Jürgen Distler, der für die Öffentlichkeitsarbeit und das JN-Organ „Der Aktivist“ zuständige JN-Vize, in die Eninger Villa ein. Beide sind bei der „Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH“, in Stuttgart beschäftigt und gehören der Redaktion der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ (DS) an. Distler ist darüber hinaus Verantwortlicher für das Anzeigengeschäft der DS. Seit Jahresbeginn 1977 erscheint die seit mehr als zwanzig Jahren bestehende DS runderneuert und inhaltlich überarbeitet wieder im regulären Zeitungsformat.

Seit November 1996 ist die NPD im Grundbuch eingetragen und somit offizielle Eigentümerin der Anlage. Ein ebenfalls zur Erbschaft gehörender Bauplatz soll, so NPD und der Testamentsvollstrecker Günther Fahrbach, in naher Zukunft veräußert werden. Vor einigen Wochen erhielt die NPD einen Kredit, so der Süddeutsche Rundfunk in einem Fernsehbeitrag nach der Demonstration, in Höhe von einer dreiviertel Million Mark bei ihrer „Hausbank“, der Kornwestheimer Bank. Mit den 750.000 Mark entschuldete sich die NPD inzwischen weitgehend bei Bund und dem Land Baden-Württemberg. Ursprünglich besaßen Bund und Land noch Forderungen in Höhe von etwa 1,2 Millionen Mark gegenüber der NPD. Beim Land stehen jetzt noch rund 40.000 Mark an Zinsen aus. Eine

Pfändung ins Grundstück durch das Bundesland Baden-Württemberg ist somit in noch weitere Ferne gerückt. Die NPD und die „Jungen Nationaldemokraten“ können nach derzeitigem Stand das inzwischen als „Geschwister-Krieg-Zentrum“ firmierende Anwesen auch langfristig behalten und nutzen. Für 1997 sind in der aktuellen Ausgabe der „Deutschen Stimme“ regelmäßige Veranstaltungen angekündigt. „Als Referenten stehen uns die Kameraden unseres früheren ‘Nationaldemokratischen Bildungszentrums’ in Iseo sowie neu hinzugewonnene Kräfte zur Verfügung.“ Im norditalienischen Iseo besaß die NPD seit den 70er Jahren eine ererbte Immobilie, die für Treffen und Veranstaltungen genutzt wurde. In den geplanten NPD-Schulungen sollen laut DS Themen wie „Kommunalpolitik, Verbands- und Öffentlichkeitsarbeit, Funktionsträgerschulung, Rhetorik und Methodik sowie politische Weltanschauung“ behandelt werden. Eva Bernhard

Solinger Unternehmer feierte 80.

Das Herz schlägt rechts

In Sprachrohren der „Vertriebenen“ (z.B. „Das Ostpreußenblatt“, „Deutscher Ostdienst“ >DOD<) wird seit Wochen der Solinger Bauunternehmer Günther Kissel gefeiert, der am 26. Dezember letzten Jahres seinen 80. Geburtstag beging. Besonders hervorgehoben wird, daß das Unternehmen Kissel (heute: 140 Beschäftigte) Seniorenwohnanlagen schuf, denen Kissel die Namen von „ostdeutschen“ Provinzen und Städten gab und so „eine bleibende Erinnerung an die ostdeutsche Heimat“ (DOD) schuf. Nicht erwähnenswert erscheint den Berufs-Vertriebenen, daß Kissel (Bauimperium: KISSEL-RAPID, KISSEL-HEIMBAU und KISSEL-Wohnungsverwaltungen), Träger der „Ernst-Moritz-Arndt-Plakette“ des BdV, zu dem Kreis mittelständischer Unternehmer in der Bundesrepublik zählt, von denen bekannt ist, daß sie Rechtsextremisten tatkräftig mit Finanzspritzen unterstützen (Kissel: „Daß ich auch einer nationalen Partei, die in antidemokratischer Weise unter Mißachtung des Grundgesetzes laufend behindert wird, gelegentlich eine Spende zukommen ließ, dürfte sicherlich nicht verboten sein.“) Ebenso pflegt Kissel, während des II. Weltkrieges zuletzt Kompanieführer im Osten, Kontakte zu Holocaust-Leugnern. Im

Oktober 1979 referierte auf seine Initiative und Einladung hin David Irving vor rund 250 Zuhörern auf Kissels Bauhof in Solingen. (Der STERN berichtete darüber in seiner Ausgabe 26/93). Mitveranstalter des Spektakels war die „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP), der auch Kissel angehört. Leiter und Eröffnungsreder der Veranstaltung mit Irving war der damalige GfP-Funktionär Dr. Gert Sudholt. Dessen Stiefvater, Helmut Sündermann, amtierte unter Hitler als stellvertretender Reichspressechef der NSDAP.

Mit publizistischen Ergüssen beglückte Kissel u.a. den „Türmer-Verlag“, „Nation+Europa“, „Recht+Wahrheit“, den „Schlesier“ und den „Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens“, das Mitteilungsblatt der „Gemeinschaft Ost- und Sudeten-deutscher Grundeigentümer und Geschädigter“.

Kissels Sympathie gilt auch unbeugsamen KZ-Mördern wie dem SS-Unterscharführer Gottfried Weise, einst Aufseher in Auschwitz. Weise, der rund 30 Jahre lang unbehelligt in Solingen lebte, wurde 1988 in Wuppertal wegen fünffachen Mordes zu einer lebenslänglichen Haft verurteilt. Die Schwurgerichtskammer wies ihm nach, daß er einem achtjährigen Jungen in Auschwitz Konservenbüchsen auf Schulter und Kopf gestellt und darauf mit der Dienstpistole geschossen hatte. Danach erschoss er den um sein Leben weinenden Jungen. Weise, von den Häftlingen in Auschwitz „Wilhelm Tell“ genannt, tauchte nach seiner Verurteilung unter dem Pseudonym Gerhard Sieber im Schweizer Kanton Bern unter, wo er nach drei Monaten gestellt und umgehend in die BRD geflogen wurde. Finanziert wurde seine Verteidigung beim Wuppertaler Prozeß von Kissel, der sich auch nach dem Prozeß für den ehemaligen „Bauführer einer Kollegenfirma“ (Kissel) einsetzte.

Von zentraler Bedeutung ist Kissels Mitwirken an der zu Beginn der 80er Jahre gegründeten „Düsseldorfer Herrenrunde“, die etwa einmal pro Monat Prominenz aus Wirtschaft und Politik zu Vorträgen ins Düsseldorfer Nobel-Hotel Nikko einlädt; darunter in den letzten Jahren: Manfred Brunner, Jörg Haider, Heinrich Lummer, Franz Schönhuber, Adolf von Thadden. Kopf des „Kreises nationalliberaler Wirtschaftsführer aus dem Ruhrgebiet“ („Junge Freiheit“) ist das Ex-FDP-Mitglied Carl Zimmerer, Geschäftsführer der internationalen Unternehmensvermittlung Interfinanz. Zimmerer publiziert selbst in einschlägigen Schriften wie „Junge Freiheit“, „Criticon“ und „Nation+Europa“. Rosl Baumann

Stand, Probleme und Perspektiven der Forschung:

Rechtsextremisten in Parlamenten

(Teil I)

Seit rund zehn Jahren sind Mandatsträger rechtsextremistischer Parteien wieder in deutschen Landtagen wie auch in zahlreichen Kommunalparlamenten vertreten. Die damit verbundenen Gefahren werden durch eine bloße Abqualifizierung als „politik- und handlungsunfähig“ unterschätzt. Das Land Nordrhein-Westfalen hat dazu ein größeres Forschungsprojekt finanziert, das anhand mehrerer Fallstudien die Arbeit der rechtsextremen Abgeordneten unter die Lupe nehmen sollte. Ausgewählt und untersucht wurden das Wirken der DVU-Fraktion im Bremischen Landtag, der „Republikaner“ im baden-württembergischen Landtag und von Rechtsextremisten in drei nordrhein-westfälischen Kommunalparlamenten.

Die allein in den letzten Jahren erschienene Fachliteratur zum Themenkomplex „Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt“ läßt sich kaum noch überschauen. Über die rechtsextremen Parteien, ihre Politik, Programmatik, Publizistik, Wähler und Mitglieder gibt es mittlerweile eine Vielzahl mehr oder weniger anspruchsvoller Monographien. Die weiter wachsende Literaturflut über den Aufstieg und die Krisen rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik darf freilich nicht vergessen machen, daß bestimmte Politikfelder bloß gestreift, jedoch selten genauer erforscht wurden. Obwohl gegen Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre in vielen Kommunal- und Landesparlamenten wenigstens eine Wahlperiode lang Vertreter der DVU, der REPublikaner oder der NPD saßen, gibt die Fachliteratur kaum Aufschluß darüber, wie sich die demokratischen Parteien, ihre Abgeordneten und Fraktionen, die Regierungen und Verwaltungen sowie die örtlichen Medien gegenüber den Rechtsextremisten verhalten.

Die wenigen Untersuchungen zum Thema „Rechtsextremisten in Parlamenten der Bundesrepublik“ schwanken zwischen einer Bagatellisierung und Dramatisierung des Problems. Alarmismus und politischer Aktionismus werden dem Rechtsextremismus allerdings ebenso wenig gerecht wie Darstellungen, die letztlich auf eine Verharmlosung der Tätigkeit von REPublikanern, DVU und NPD hinauslaufen. So gelangten Norbert

Lepszy und Hans-Joachim Veen in einer Studie für die Konrad-Adenauer-Stiftung zu dem Ergebnis, die rechtsextremen Parteien seien „handlungs- und politikunfähig“. DVU- und REP-Parlamentarier als Demagogen abzuqualifizieren, die nur durch Querelen, „Fensterreden“ und „Verweigerung einer kontinuierlichen Parlamentsarbeit“ auffallen, führt aber zwangsläufig zur Unterschätzung der mit Wahlerfolgen dieser oder ähnlicher Parteien verbundenen Gefahren.

Zwischen Dämonisierung und Verharmlosung

Meist von anderen Parteien veröffentlichte Dokumentationen belegen zum Teil sehr überzeugend, daß die ultrarechten Fraktionen, Gruppen und Mandatsträger ihrem eigenen Anspruch, der „Klüngelwirtschaft“ der Etablierten eine „saubere Alternative“ entgegenzusetzen, nicht eingelöst haben. Zu kurz kommt demgegenüber häufig die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Politik, Programmatik sowie Strategie und Taktik von REPublikanern, DVU und NPD. So warf eine Broschüre des SPD-Parteivorstandes den REPublikaner-Abgeordneten im Europaparlament vor, sich „wehleidig, wirr und wortkarg“ gegeben zu haben. Man konstatierte neben Faulheit politische Unfähigkeit, die unter Rückgriff auf eher rechte Argumentationsmuster (Durchsetzung nationaler Belange) belegt wurde. Über Schönhuber und seine Gesinnungsfreunde, die sich (anfangs noch einvernehmlich) der „Technischen Fraktion der Europäischen Rechten“ angeschlossen hatten, hieß es: „Sie haben nicht den Ansatz eines Programms für eine Politik, die deutsche Interessen in Brüssel und Straßburg vertreten könnte. (...) Ihr durch viereinhalb Jahre Obstruktion und Nichtstun ausreichend belegtes Motto ist: Faul sein fürs Vaterland!“

Fast alle Zeitungsmeldungen zur Tätigkeit rechtsextremer Mandatsträger sprachen letzteren jede Parlaments- und Politikfähigkeit ab, ganz egal, ob es sich um die kommunale Ebene, Landtage oder das Europaparlament handelte. Den publizistischen Grundtenor brachte ein „Inkompetent, zerstritten und politisch unfähig“ überschriebener Artikel von Norbert Lepszy zum Ausdruck: DVU-, NPD- und REP-Abgeordnete hieß es, hätten sich als unfähig, faul und korrupt erwiesen. In der Presse wurde von einer „Blamage“ gesprochen, weil die Rechtsextremisten auf Blockade oder Sabotage statt auf eine konstruktive Mitarbeit orientiert seien. Außerdem fanden das Finanzgebaren und die „Raffgier“ rechtsextremer

Parlamentarier größere Beachtung, wohingegen über deren Positionen, Anträge und Argumentationen selten berichtet wurde.

„Faul sein fürs Vaterland“

Tatsächlich dominierten eher persönliche Intrigen als politische Initiativen. Nur wenigen Fraktionen gelang es, eine Wahlperiode ohne Abspaltungen und Zerwürfnisse zu überstehen, was deshalb nicht überraschen kann, weil bei den REPUBLIKANERN, der NPD und besonders der DVU die Rückkopplung an eine vitale Parteiorganisation und wesentliche Voraussetzungen für innerparteiliche Demokratie fehlen. Schlagzeilen wie „Nieten in Parlamenten“ wurden dem Phänomen gleichwohl kaum gerecht. Es ging den rechtsextremen Mandatsträgern nämlich gar nicht um eine „konstruktive Mitarbeit“ in Europa-, Kommunal- und Landesparlamenten, vielmehr um Provokation und propagandistische Erfolge, die dadurch schwerlich zu erzielen gewesen wären.

Die rechtsextremen Abgeordneten erwiesen sich zwar häufig als fachlich inkompetent, desinteressiert und ziemlich schlecht informiert; das eigentliche Problem bestand aber mitnichten darin, sondern in dem Umstand, daß es ihnen trotzdem häufig gelang, ihre Überzeugungen auf zentralen Politikfeldern durch eine geschickte Taktik und Rhetorik mit den Auffassungen anderer Fraktionen zu verkoppeln und so das parlamentarische Geschehen, vor allem jedoch das politische Klima der Bundesrepublik nicht unmaßgeblich zu beeinflussen. Natürlich gibt es massenhaft Faulheit, Unfähigkeit, Dummheit und Bestechlichkeit auf der extremen Rechten. Man macht es sich allerdings zu leicht, wenn man die Tätigkeit solcher Parteien und Fraktionen darauf reduziert!

Die Arbeit kritisch unter die Lupe genommen

Im sog. Superwahljahr 1994 entschloß sich das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen zur Förderung eines wissenschaftlichen Forschungsprojekts, das anhand mehrerer Fallstudien erstmals ein für die Arbeit rechtsextremer Abgeordneter, Parlamentsfraktionen und -gruppen repräsentatives Bild zeichnen sollte. Ausgewählt und sorgfältig untersucht wurden das Wirken der DVU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), von Rechts-

extremisten in drei nordrhein-westfälischen Kommunalparlamenten (Köln, Dortmund, Hamm) und der REPUBLIKANER im Landtag von Baden-Württemberg. Außerdem wurde der REP-Bundestagswahlkampf 1994 analysiert und der Versuch unternommen, Gegenstrategien zu entwickeln.

In dem Forschungsprojekt, das mittlerweile abgeschlossen ist, wurden Fragen wie die folgenden beantwortet:

- Wie verhalten sich Repräsentant(inn)en rechtsextremer Parteien in den Parlamenten?
- Welche Ausschüsse bevorzugen sie, und warum? Arbeiten sie in den Parlamentsausschüssen mit? Nutzen sie das Plenum für Propagandazwecke, und wenn ja, wie?
- Welche Rolle spielen Anträge und Anfragen für die rechtsextremen Gruppen/Fraktionen? Wie sachkundig sind die Mandatsträger? Suchen sie die Exekutive wirksam zu kontrollieren oder sich selbst durch Demagogie zu profilieren?
- Wo setzen rechtsextreme Fraktionen/Abgeordnete inhaltliche Schwerpunkte? Wie verbinden sie ihre parlamentarische Arbeit und die propagandistischen Ziele? Erscheinen sie in den Parlamenten als „Ein-Punkt-Parteien“, und wenn ja, warum?
- Welche Beziehungen unterhalten die rechtsextremen Mandatsträger zur militanten Rechten? Gibt es eine Art Arbeitsteilung, und vertreten sie eine gemeinsame Strategie?
- Wie verkoppeln rechtsextreme Fraktionen/Gruppen/Abgeordnete bestimmte Probleme mit dem rechtsextremen Schlüsselthema „Ausländerüberschuß und Flüchtlingsströme“? Welche geistigen Kettenglieder benutzen sie, und welche Argumentationsmuster dominieren dabei?
- Wie reagieren die demokratischen Parteien darauf? Welche Unterschiede im persönlichen und politischen Umgang mit Mandatsträgern der DVU oder der REPUBLIKANER gibt es zwischen den Fraktionen? Lassen sie sich die Themen der Rechtsextremen aufdrängen? Welche Argumente setzen sie den Rechtsparteien entgegen? Lassen sie sich von diesen leicht provozieren, und wenn ja, wodurch?
- Wann sind die rechtsextremen Abgeordneten relativ erfolgreich, wann nicht?
- Wie spiegelt sich die Parlamentsarbeit der extremen Rechten in den Massenmedien wider? Welche Form der Öffentlichkeitsarbeit bevorzugen sie?

(Über die Ergebnisse der Untersuchung berichtet BNR in der folgenden Ausgabe.)

Christoph Butterwegge/Lüder Meier

Die Kölner Polizei arbeitet eigene
NS-Vergangenheit auf

Keine Nest- beschmutzung

Es gab mal im Südwesten unserer Republik einen Ministerpräsidenten, der an einem Tag in der Woche nur gute Nachrichten in Hörfunk und Fernsehen präsentiert bekommen wollte. Dem Mann konnte selbstverständlich nicht geholfen werden. Andererseits verschwinden gute Nachrichten oft in Medien, während schlechte leicht Schlagzeilen machen. Im Herbst 1996 wurden bei der Bereitschaftspolizei Nürnberg sieben Polizeibeamte im Alter zwischen 23 und 25 Jahren vorläufig vom Dienst suspendiert, weil sie während eines „Kameradschaftsabends“ den rechten Arm zum „Hitler-Gruß“ erhoben hatten. Die Sache war einer Fotolaborantin aufgefallen, die einen Film von der feuchten Feier entwickeln sollte und die Kripo eingeschaltet hatte. Keine Frage - solche Informationen gehören in die Öffentlichkeit.

1967 begann vor dem Landgericht Wuppertal das vermutlich einzige Strafverfahren gegen Polizeibeamte als mutmaßliche NS-Verbrecher. Im Sommer 1941 - so die Anklage - hatten die 14 Beschuldigten im damals sowjetischen Bialystok Hunderte von Juden in die Synagoge gesperrt und dort lebendigen Leibes verbrannt. Damals dauerte es Monate, ehe die überregionalen Medien ihrer Pflicht zur Information nachkamen. Und das, obwohl die meisten Angeklagten längst wieder im Dienst der nordrhein-westfälischen Polizei standen - im schützenfestbegeisterten Neuss.

Wenig Aufmerksamkeit hat auch der ehemalige NRW-Innenminister Herbert Schnoor gefunden, als er im Dezember 1992 während der Vorstellung eines Buches über Polizeibeamte als NS-Mörder den Fall eines guten Polizisten publik machte. Kriminalassistent Paul Kreber aus Wuppertal „hatte Zugang zu den Listen mit den Namen von Sinti und Roma, die für den Transport nach Auschwitz vorgesehen waren. Paul Kreber hat Namen von den Todeslisten gestrichen, Menschen gewarnt, anderen zur Flucht verholfen, wiederum andere versteckt. Wir haben Paul Kreber auf Anregung des Zentralrates der Sinti und Roma in einer Feierstunde geehrt.“ So Schnoor damals. Nicht einmal in Wuppertal hat das die Medien interessiert.

Ähnliches ist derzeit in Köln zu beobachten. Vor etlichen Monaten begann dort die Polizei, ihre eigene Geschichte während der NS-Zeit aufzuarbeiten. Die Idee stammte vom neuen Kölner Polizeipräsidenten Jürgen Roters. In Vorträgen, Podiumsdiskussionen und bisher einer Ausstellung werden verschiedene speziell Kölner Aspekte untersucht und dargestellt. Stets ist die Öffentlichkeit eingeladen, doch sie kommt nur zögernd. Dabei hat Köln eine Menge aufzuarbeiten. Hier hatte das deutsche Judentum eines seiner ältesten Zentren. In Köln lebten viele „Zigeuner“. In der Industriemetropole Köln schufteten Tausende von Zwangsarbeitern. In Köln gab es „Edelweißpiraten“, die Anschläge auf NS-Einrichtungen verübten, Nazifunktionäre umbrachten und Kriegsgefangenen halfen. In all diesen Fällen ging es nicht ohne Polizei. Sie brachte die Juden zu Sammelplätzen auf dem Weg nach Auschwitz. Sie half, die Sinti und Roma zu deportieren. Sie war bei der Überwachung der Zwangsarbeiter tonangebend. Sie verfolgte „Edelweißpiraten“ und andere Widerstandskämpfer gemeinsam mit der Gestapo. All das soll nun in Köln nach und nach ans Licht gebracht werden. Einzelheiten erzählte Jürgen Roters kürzlich der Vierteljahres-Zeitschrift „Tribüne“, die seit 35 Jahren in Frankfurt erscheint und im Untertitel „Zeitschrift zum Verständnis des Judentums“ heißt.

Desinteresse der Öffentlichkeit

Zur Quellenlage sagte Roters: „Die Unterlagen stammen vor allem aus unserem hauseigenen Archiv... Doch das Material ist größtenteils noch ungeordnet. Eine Gruppe Kölner Studenten befaßte sich bereits einmal mit unserer Vergangenheit und verschaffte sich einen ersten Überblick. Aber es bedarf noch einer sehr intensiven Archivierungsarbeit, um die Personalakten sicherzustellen und auszuwerten. Dies betrifft vor allem die Akten der Kriminalpolizei im Umgang mit Minderheiten wie Sinti und Roma, den sogenannten ‘Landfahrern’. Bevor wir die gesamten Konvolute an das Staatsarchiv des Landes abgeben, wollen wir selbst versuchen, unsere Geschichte aufzuarbeiten.“

Ausgewertet werden die Akten von Mitarbeitern des Kölner Polizeipräsidiums, „die sich dazu ehrenamtlich bereit erklärt haben, und zwar im Anschluß an eine der Veranstaltungen zur Geschichte der Polizei hier in unserem Haus. Geleitet wird das Projekt jedoch von einem Historiker des Kölner NS-Dokumentationszentrums.“

Bisherige Erfahrungen, so Polizeipräsident Jürgen Roters, ermutigten ihn, „die Reihe fortzusetzen und gerade auch die Polizeibataillone ein weiteres Mal zum Gegenstand der Diskussion zu machen. Diese Bataillone waren ja nicht nur vom Schreibtisch aus in die Shoah verstrickt, sondern diese Polizeibeamten waren direkt in das Morden - teils auch freiwillig - integriert. Doch die Möglichkeit des Widerstandes und der Zivilcourage wurde von den wenigsten genutzt. Was wir auf jeden Fall noch bearbeiten möchten und müssen, ist die Rolle der Polizei in Köln bei der Judenverfolgung und -vernichtung.“

Seine eigenen Erfahrungen beschrieb Roters so. „Ich muß sagen, daß ich von der Aufarbeitung der Geschichte der Kölner Polizei von 1933 bis 1945 außerordentlich profitiere... Ich hoffe, daß die gesamte Polizei in Köln daraus Lehren zieht, denn wir müssen ja immer wieder rasche und zugleich gesicherte Entscheidungen treffen, bei denen wir Grundrechte gegeneinander abwägen müssen. Wenn man jedoch erfahren hat, in welchem Umfang die Menschenwürde und die Menschenrechte in der Vergangenheit verletzt worden sind, führt dies hoffentlich zu einer größeren Entscheidungssicherheit und einer tieferen Humanität im Umgang mit Menschen. Daher kann ich in diesem Zusammenhang meine Kolleginnen und Kollegen der Polizei nur ermuntern, diese Auseinandersetzung mit der NS-Zeit auch in anderen Großstädten zu beginnen.“

Heiner Lichtenstein

ARBEITSBERICHTE

Salomon Ludwig Steinheim-Institut

Die Mitgliederversammlung hat am 25.10.1996 den drei Jahre amtierenden neuen Vorstand gewählt. Geschäftsführender Direktor und Vereinsvorsitzender sind Prof.Dr.Theodore Kwasmann (Köln) und Prof.Dr. Claus-E. Bärsch (Duisburg); Schatzmeister ist Dipl.Volksw. Klaus Jörns, zu den Vorstandsmitgliedern gehören ferner Prof.Dr.Dieter Geuenich (Duisburg) und Dr.Falk Wiesemann (Düsseldorf).

Zum Wintersemester hat Prof.Brocke (Mercator-Universität) die Lehrtätigkeit im neuen Fach „Jüdische Studien“ aufgenommen; er vertritt vorrangig die jüdische Religions-, Kultur- und Sozialgeschichte mit Schwerpunkt auf der Neuzeit. Dem Lehrstuhl sind zwei C-3-Professuren, derzeit vertreten durch Prof.DoZ.Dr.Dagmar Börner-Klein (Köln) und Dr.Stefan Rohrbacher (Hamburg), zugeordnet.

Salomon Ludwig Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte e.V., Geibelstraße 41, 47057 Duisburg, Tel. 0203/370071/72, Fax -/373380; E-mail:institutasti1-uni-duisburg.de; Internet: http://sti1.uni-duisburg.de

Neuer Wind in Frankreich

Vitrolles/Paris - Die Kandidatin der rechtsextremen Front National Cathérine Mégret hat im zweiten Wahlgang mit einem Ergebnis von 52,5 Prozent das Rathaus in Vitrolles bei Marseilles erobert. Die französischen Rechtsextremisten stellen damit neben der Großstadt Toulon, Mariagne bei Marseille und Orange in vier Städten den Bürgermeister. Ehemann Bruno Mégret, zweiter Mann des FN und Europaabgeordneter, war bei den regulären Kommunalwahlen im Juni 1995 mit rund 43 Prozent knapp gescheitert. Bei der jetzt wegen angeblicher Manipulationen erforderlich gewordenen Nachwahl durfte Mégret nicht selbst kandidieren, da ihm das passive Wahlrecht entzogen worden war. Im einem Gespräch mit der US-amerikanischen Zeitung New York Times kündigte der FN-Chefideologe an,

schärfere Maßnahmen gegen Ausländer ergreifen zu wollen. Der Front National wolle eine Sondersteuer für alle Unternehmen einführen, die ausländische Arbeitnehmer beschäftigten und damit deren Entlassung forcieren sowie die Aufenthaltsgenehmigung für Ausländer nicht mehr verlängern. Wir verlangen, daß Araber, Afrikaner und Asiaten nach Hause zurückkehren“, sagte der FN-Generaldelegierte. „Aber nicht, weil wir sie hassen, sondern weil sie unsere nationale Identität verschmutzen und unsere Arbeitsplätze wegnehmen.“

In der südfranzösischen Großstadt Toulon hat der städtische Theaterdirektor Paquet unterdessen unter der regierenden Front National unter Bürgermeister Le Chevallier zu leiden, der seit längerem dessen Rausschmiß betreibt. Am 13. Februar starteten 200 namhafte Künstler eine Protestaktion gegen die Suspendierung des Theaterdirektors, über 1.000 Menschen zogen in einem Demonstrationzug durch die Innenstadt Toulons.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika in 1997

„Nation+Europa“ (NE) - 47. Jg. Nr. 2/97:

Aufmacher ist Kritik an der Justiz und ihren vom Volk angeblich nicht mehr verstandenen Entscheidungen, was auf den Marsch der 68er Juristen durch die Institution Justiz und die Parteikarrieren zurückzuführen sei. Schönhuber fordert ein weiteres Mal die Rechte zur Einigung auf und empfiehlt ihr, sich „zur Entlastung der Deutschen vor dem Weltgericht“ historische Vorbilder zu nehmen. Die Rechte müsse Themen aufgreifen - Zuzugsstopp, Arbeitsplätze bevorzugt für Deutsche, Kampf gegen Maastricht und den Euro, innere Sicherheit -, um die „Totschweigespionage zu durchbrechen. Hier hätten „die in der Wählertäuschung kundigen Etablierten“ der Rechten die Themen genommen und trügen sie mit einer Härte vor, die vergleichbar für die Rechte bereits den Verfassungsschutz bedeuteten. Inhalt und z.T. Formulierungen decken sich mit dem Appell des Front National-Vorsitzenden Le Pen „an seine deutschen Freunde“, die nationale Sache durch Einheit zu fördern; der Appell entstand offenbar bei einem auf Einladung Le Pens anberaumten Treffen der europäischen Rechten (ohne den REP-Vorsitzenden), an dessen Ende man deutsche a-capella-Gesänge schmetterte. Verwunderlich mutet es an, daß dem polnischen Staatspräsident Kwasniewski kein anderes Organ als N+E zur Verfügung stand, um den Deutschen die Einladung zur Rückkehr nach Polen zu übermitteln. Zitiert wird aus der Modellrechnung zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik bis zum Jahre 2040, die von einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Leitung des BMI vorgelegt wurde. Trotz zu niedriger Vorausschätzungen fühlt man sich in den Prognosen aus den eigenen Reihen (Robert Hepp) bestätigt.

„Junge Freiheit“ (JF) - 12. Jg. Nr. 6, 7/97:

CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer leitet Artikel über den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Zuwanderung. Geregelt werden müsse insbesondere, wenn überhaupt, wer zuwandern dürfe (6/97). FPÖ-Politiker Wilhelm Brauner, dritter Präsident im Nationalrat, bewertet im JF-Interview den EU-Beitritt Österreichs als Stärkung des Deutschsprachigen. Der Tenor des Berichts über die Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth läßt es an diffamierenden Äußerungen nicht fehlen (6/97). Indi-

rekt als Opfer der herrschenden Gesinnung werden die Berliner FDP-Rechten „Kritische Liberale“ hingestellt, denen für eine Veranstaltung mit dem Ultra-Nationalisten Alfred Mechttersheimer Räume im Charlottenburger Rathaus verweigert worden waren. Bruno Bandulet, Chefredakteur des DeutschlandBriefes, warnt vor den Gefahren der Währungsunion. Die politische Bandbreite wird abgerundet durch eine Anzeige für das neue Schönhuber-Buch, erschienen wieder in der Verlagsgesellschaft Berg (6/97). In eigener Sache wähnt sich die JF auf dem Weg zur wirtschaftlichen Gesundung, 3.000 Abos sollen 1997 neu geworben werden. Unverständnis äußert die JF, daß die bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland immer noch geduldet seien und Milliarden von Mark kosten (7/97). BdV-Vize Paul Latussek plädiert nach der „Demütigung der Vertriebenen“ durch die deutsch-tschechische Erklärung nun für eine neue rechte politische Kraft, dem „Bündnis für Deutschland“. Für Ex-REP Klaus Zeitler, Würzburger Oberbürgermeister a.D., dienen S. Huntingtons Thesen vom „Kampf der Kulturen“ als Munition gegen Euro und Europäische Union (7/97). Empörung über die demnächst in München gezeigte Wander-Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht, verbunden mit dem Versuch, diese reinzuwaschen. Ihr Fett ab bekommt dabei insbesondere die Bundesverfassungsgerichtspräsidentin Jutta Limbach ob deren Rede bei der Eröffnungsveranstaltung der Wehrmachtsausstellung in Karlsruhe (6, 7/97).

PERSONALIE

Tuttlingen - Der langjährige frühere NPD-Bundesvorsitzende Martin Mußnug starb am 2. Februar in der südwestfälischen Kreisstadt Tuttlingen. Er erlag den Folgen eines schweren Herzinfarkts zwanzig Tage vor seinem 61. Geburtstag. Mußnug hatte als Nachfolger des Adolf von Thadden vom November 1971 bis Dezember 1990 den Bundesvorsitz der NPD inne. Nach dem Mißerfolg der Bundestagswahl 1990 (bundesweites NPD-Ergebnis: rund 145.000 Stimmen bzw. 0,3 %) trat er vom Amt des Bundesvorsitzenden zurück. In der Folge schloß sich Mußnug der neugegründeten „Deutschen Allianz“ bzw. „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLHV) an und wurde Mitglied des DLHV-Parteipräsidiums und Beisitzer im baden-württembergischen Landesvorstand. Mußnug war seit 1963 als Rechtsanwalt in Tuttlingen tätig und lange Zeit auf lokaler Ebene, zuletzt als Stadtrat, aktiv.

Revisionistische „Brückenköpfe“

Bonn - Die Vertriebenenverbände haben seit 1990 für Maßnahmen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, in Tschechien und Rumänien Bundesmittel in Höhe von 65 Millionen DM erhalten; in Haushaltsjahr 97 gibt es über drei Millionen DM. Neben humanitären Aufgaben wurden und sollen mit diesen Geldern auch kulturpolitische Projekte finanziert werden. Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Bundesregierung aufgefordert, die finanzierten Projekte im einzelnen darzustellen und dafür Sorge zu tragen, daß im Zeichen der Kulturpolitik nicht revisionistische Propaganda betrieben wird. Das Verlangen der Grünen versteht sich auf dem Hintergrund von Stimmen aus dem Lager der Funktionäre der Vertriebenenverbände, die die bestehenden Grenzen in Europa nach wie vor ablehnen. Eine Unterstützung solcher Kräfte durch die Bundesregierung ist in der Sicht von Bündnis 90/Die Grünen geeignet, die Bonner Außenpolitik gegenüber unseren östlichen Nachbarn als „zweideutig“ erscheinen zu lassen.

Die Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach führt zum Beleg für ihre Kritik unter anderem die Äußerung des Vizepräsidenten des Bundes der Vertriebenen (BdV), Paul Latussek, an: „Die Oder-Neiße-Grenze bleibt ein Unrecht, solange bis sie als Grenze überwunden ist“. Ihre Fraktion vertritt die Ansicht, daß solche Positionen revisionistisch sind und fordert die Bundesregierung auf,

„Verbände und Gruppen, die sich nicht eindeutig von rechtsextremen Tendenzen abgrenzen und Doppelmitgliedschaften mit rechtsextremen Parteien und Gruppen in den Reihen ihrer Funktionäre dulden oder die vertragswidrige verbandspolitische Gebiets- und Eigentumsrücksforderungen gegen die Partnerstaaten erheben, von der Förderung auszuschließen“. Rechtsextreme Tendenzen in den Vertriebenenverbänden, auf die die Bundesregierung nach ihren eigenen Worten „als Mittlerorganisation zur Umsetzung von Projekten zurückgreift“, werden nach Ansicht der Oppositionspartei in Bonn „großzügig übersehen“.

Bündnis 90/Die Grünen verweisen in diesem Zusammenhang auf Bemühungen, mit der „Stärkung der deutschen Identität im Osten“ zur „Reethnisierung und Fragmentisierung Osteuropas“ beizutragen. Solche Entwicklungen würden etwa von „Deutschen Freundschaftsgesellschaften“ verfolgt, die u.a. in Polen vom Bund der Vertriebenen unterstützt würden. In Tschechien habe die Sudentendeutsche Landsmannschaft mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung „Begegnungszentren“ aufgebaut, die erklärtermaßen das „Mißtrauen“ der Vertreter der deutschen Minderheit ausgelöst hätten. Auch Vertreter der deutschen Minderheit in Polen weisen die Einflußnahme aus Bonn in Gestalt „importierter“ Organisationen, die vom BdV selbst als „Brückenköpfe“ bezeichnet werden, zurück. Die deutsche Minderheit vor Ort, so betonen sie, müsse selbst über ihre Tätigkeit bestimmen.

R.S.

Betriebsfrieden

Kiel/Lübeck - Eine antisemitische Haltung und entsprechende Aussagen im privaten Kreis oder in nichtöffentlichem Zusammenhang rechtfertigen keine fristlose Kündigung. Dies stellte jetzt das Landesarbeitsgericht Kiel fest. Nur wenn die antijüdische Hetze den Betriebsfrieden störe, sei eine fristlose Kündigung rechtmäßig. Wenn eine Betriebsstörung dann vorliegt, muß der Arbeitnehmer vor der Kündigung aber erst abgemahnt werden. Konkret ging es um den Lübecker Hafenkapitän Henning R. Dieser ist in der Hansestadt als stellvertretender Leiter des Amtes für Wirtschaft, Verkehr und Hafen eine bedeutsame Persönlichkeit im öffentlichen Dienst. R. hatte sich in Gesprächen mit Kollegen abfällig über den Holocaust geäußert. Unter anderem soll er gesagt haben, „daß es so viele fette Juden gar nicht gegeben“ haben könnte, „wie sie

umgebracht haben sollen“. Ein weiteres ihm zugeordnetes Zitat unter Kollegen: Er gehöre keiner Partei an, denn seine Partei sei 1945 verboten worden. Die Stadt Lübeck hat ihm eine antidemokratische Grundhaltung unterstellt und sofort gekündigt. Das Arbeitsgericht zweifelte die Äußerungen nicht an und erklärte, daß der Bedienstete zwar seine Pflicht zur politischen Zurückhaltung verletzt habe. Das Vertrauen seines Arbeitgebers sei aber nicht „irreparabel“ beeinträchtigt. Auf Nachfrage erklärte eine Richterin, der Kapitän habe sich nicht in hoheitlicher Funktion sondern privat gegenüber jeweils nicht mehr als zwei Kollegen und damit in einer nahezu intimen Atmosphäre geäußert. Somit lag keine Störung des Betriebsfriedens für das Gericht vor. Erst wenn eine erhebliche Zahl von Arbeitnehmern sich empört geäußert und die Arbeit niedergelegt hätte, wäre das Betriebsklima irreparabel gestört gewesen.

H.F.

Tagebuch

Bad Kösen/Halle - Die „Republikaner“ in Sachsen-Anhalt haben einen neuen Landesvorstand. Zum Nachfolger des Ex-Landeschefs, stellvertretenden Ex-Bundesvorsitzenden und Schönhuber-Freund Rudolf Krause wählte der Landesparteitag in Bad Kösen Wolfgang Höber aus Halle. Als Stellvertreter zur Seite stehen ihm: Christian Höndorf (Naumburg), Wolf-Gerald Voß (Oschersleben) und Andreas Krause (Magdeburg). Der im November 1995 aus der Partei ausgetretene Ex-REP-Bundesvorsitzende Franz Schönhuber wurde mit 75 Ja-Stimmen bei 12 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen zum Ehrenmitglied ernannt.

Berlin - Die „Republikaner“ offerieren in ihrer Parteizeitung jetzt die Rede des Parteivorsitzenden Rolf Schlierer vom letzten Parteitag im Oktober 1996 in Hannover auf Video. Zum Preis von DM 30,— können sich die Mitglieder und Anhänger damit vergnügen.

Berlin - Das Landgericht Berlin hat den Neonazi Hans-Christian Wendt wegen verfassungsfeindlicher Propaganda und Volksverhetzung zu einer Haftstrafe von einem Jahr ohne Bewährung verurteilt. Das Führungsmitglied der neonazistischen Organisation „Die Nationalen“ war bis Ende vergangenen Jahres leitender Redakteur der „Berlin-Brandenburger-Zeitung“. Die Staatsschutzkammer nannte den 25jährigen Wendt einen „geistigen Brandstifter und führenden Kopf der rechtsextremen Szene Berlin/Brandenburgs“.

Berlin. Der bisherige Schriftleiter von „Huginn-Muninn“, dem Organ der „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände“ (ANSE), der Berliner Bernhard Schulz (Gründer des „Tempels der Semnonen“), ist von seinem Amt zurückgetreten.

Bonn - Die Zahl der fremdenfeindlich und antisemitisch motivierten Straftaten ist im vergangenen Jahr mit 2353 Vorfällen gegenüber 1995 (2542) gesunken. Dies teilte die PDS-Politikerin Ulla Jelpke mit, die ihren Angaben die Antworten der Bundesregierung auf die monatlichen parlamentarischen Anfragen der PDS dazu zugrundelegte. Der Auswertung zufolge sollen bei den rechtsextremistischen Übergriffen 337 Personen verletzt worden sein; 1995 waren es 378 gewesen. Rückläufig war danach 1996 ebenfalls die Zahl der fremdenfeind-

lich und antisemitisch motivierten Brandanschläge mit 24 (1995: 38) Vorfällen.

Dem Bundeskriminalamt sind im vergangenen Dezember 85 und im November insgesamt 118 fremdenfeindlich motivierte Delikte bekanntgeworden. Dies teilte die Bundesregierung auf Anfragen der PDS mit. Unter den Straftaten waren im November zwei Brandanschläge und 20 Angriffe gegen Personen zu verzeichnen, im Dezember waren es ein Brandanschlag und 19 Angriffe gegen Personen. Verletzt wurden im Dezember 24, im November 23 Menschen. Von 117 Tatverdächtigen wurden im November 18 vorläufig festgenommen, gegen vier ergingen Haftbefehle.

Bonn - Rechtsextremistische Parteien erhalten für das Jahr 1996 fast fünfeinhalb Millionen Mark an staatlichen Zuschüssen. Der Löwenanteil davon geht mit rund viereinhalb Millionen an die „Republikaner“, in die Kasse der „Deutschen Volksunion“ (DVU) werden 921.000 Mark fließen. Für 1995 hatten die „Republikaner Anspruch auf rund vier Millionen Mark, davon wurden ihnen allerdings 1,9 Millionen Abschlagszahlung wieder abgezogen, da sie für 1994 die Auszahlung der Gelder durch verspätete Antragstellung vermasselt hatten.

Coburg/Bayern. Die Februar-Ausgabe von „Nation+Europa“ weist einen Redaktionswechsel auf. Aus dem alten Triumvirat (Peter Dehoust, Karl Richter, Wolfgang Strauß) ist der selbsternannte „Rußlandexperte“ Strauß ausgeschieden. Er wurde durch Werner Baumann ersetzt, der schon seit längerem in der NE publiziert. Baumann war auch Autor in der „Deutschen Rundschau“, dem früheren Organ der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, das später von NE geschluckt wurde.

Dresden. Die unlängst eingestellte neuheidnische Vierteljahreszeitschrift „Zeitenwende“ (Sitz: Dresden), die nunmehr in Form eines „Rundbriefes des Verlages“ in geschmälerter Form weitergeführt wird, veranstaltet vom 11. bis 13. April ihr „1. Zeitenwende-Lesertreffen“ am Rande des Teutoburger Waldes. Als feststehende Vorträge sind u.a. Themen wie „Vom Geist des Nordens. Odin und Christus“ angekündigt. Auf dem Programm steht auch eine Besichtigung und Führung an den Externsteinen. In der Januar-Ausgabe des „Rundbriefes“ wird für eine Vortragsveranstaltung mit Pierre Krebs, dem Vorsitzenden des „Thule-Seminars“ geworben. Die Veranstaltung zum Thema „Naturreligiöse

Betrachtungen, politische Bewertungen“ soll im April im Raum Mittelsachsen stattfinden. Koordinator ist Thomas Malkowski (Leserbriefschreiber in „Europa Vorn“), der den Regionalverband Leipzig/Leipzig-Land der „Jungen Sozialen Union“ der DSU mit aufbaute

Dresden. Frischgebackener Autor (6/97) der „Jungen Freiheit“ ist Detlef Kühn, von 1972 bis 1991 Präsident des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn und seit 1992 Direktor der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien. In seinem Beitrag ruft Kühn die „politische Klasse“ zu einer an „deutschen Interessen“ orientierten Europapolitik auf. Kühn gehört dem nationalliberalen Flügel der FDP an, der sich seit Monaten in einer „Liberalen Offensive“ sammelt. 1989 sorgte Kühn, Autor und Interviewpartner von „Wir Selbst“, für Schlagzeilen. Bei einem konspirativ durchgeführten Treffen der „Initiative Deutschland 90“, getragen von den Zeitschriften „Junge Freiheit“, „Zeitenwende“ und „Wir Selbst“, nahm auch Kühn teil. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Herta Däubler-Gmelin kritisierte damals, daß sich Kühn als „Steigbügelhalter von Rechtsextremisten“ hergebe.

Essen - Randalierende Skinheads haben in Essen Zuschauer des Rosenmontagsumzugs angepöbelt und teilweise tödlich angegriffen. Bei den Auseinandersetzungen wurden nach Mitteilung der Polizei drei Beamte verletzt. Die Essener Polizei nahm 20 Personen aus der Skinhead-Szene fest, ihnen wird Waffenbesitz, Landfriedensbruch, Widerstand und Beleidigung vorgeworfen, weitere acht Personen wurden nach Angaben der Polizei vorsorglich in Gewahrsam genommen. Insgesamt seien die Personalien von 120 rechtsextremistischen Jugendlichen, die aus verschiedenen Städten angereist waren, festgestellt worden.

Füssen (Obb.) - In Füssen wird es keine Eduard-Dietl-Straße mehr geben. Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung hat der Füssener Stadtrat kürzlich mit 18:4 Stimmen beschlossen, die nach dem Hitler-Gefolgsmann Generaloberst Dietl benannte Straße in Baumeister-Fischer-Straße umzubennen. Noch im April vergangenen Jahres war eine Straßenumbenennung abgelehnt worden, die nach damaliger Meinung der Mehrheit der Stadträte an den „in Füssen beliebten Menschen Dietl“ erinnern solle. Im November 1995 war die Generaloberst-Dietl Kaserne in Füssen von Verteidigungsminister Volker Rühe in Allgäu-Kaserne umgetauft worden.

Hamburg. Der Hamburger Landesverband der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) ist vom JN-Bundesvorstandes aufgelöst worden. Ebenso wurde bei einer ordentlichen Sitzung des JN-Bundesvorstandes am 18./19. Januar beschlossen, die Mitglieder Andreas Storr (Berlin), Jan Zobel (Hamburg) und Phillipsen (Schleswig-Holstein) von ihren Ämtern zu entheben. Damit zeichnet sich innerhalb der JN ab, daß der Machtkampf zwischen der Fraktion der „Hitleristen“ gegenüber der der gemäßigter auftretenden „Strasseristen“ zugunsten ersterer entschieden ist.

Jan Zobel, bisheriger JN-Bundessprecher sagte jetzt in einem Interview der „taz“: „Raus aus dem Ghetto, rein in die Gesellschaft: Wir werden versuchen, Leute in der FDP unterzubringen“. Hamburgs FDP-Parteichef Frank Michael Wiesen erklärte aufgeschreckt, er werde schnellstens mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Kontakt aufnehmen.

Kiel - Der von den deutschen Behörden per Haftbefehl gesuchte Altnazi Thies Christophersen ist in der Nähe von Kiel festgenommen worden. Er muß sich wegen der von ihm verbreiteten „Auschwitzlüge“ sowie wegen Volksverhetzung verantworten. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft in Flensburg wurde der Haftbefehl wegen der schweren Erkrankung (Krebs) des 79jährigen Christophersen allerdings außer Vollzug gesetzt. Christophersen hatte sich 1995 von seinem dänischen Exil aus in die Schweiz abgesetzt, wurde von den Schweizer Behörden jedoch des Landes verwiesen. Von dort aus war der Altnazi nach Spanien abgetaucht.

Mannheim. Das Mannheimer Landgericht erließ am 5. Februar 1997 einen Haftbefehl gegen den 45jährigen Schweizer Revisionisten Jürgen Graf. Der suspendierte Basler Latein- und Französischlehrer Graf war zur Hauptverhandlung am Landgericht Mannheim wegen Volksverhetzung erwartungsgemäß nicht erschienen. Für den 15. April ist ein weiterer Prozeß, ein Berufungsverfahren, gegen Graf am Mannheimer LG terminiert. Das Amtsgericht Weinheim hatte Graf in Abwesenheit wegen Volksverhetzung im August 1995 zu einer einjährigen Bewährungsstrafe und einer Geldbuße in Höhe von 10.000 Mark verurteilt (vgl. BNR 18/95). 1994 war eine Büchersendung aus der Schweiz an eine Weinheimer Adresse, dem Wohnort des damaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert (57), beschlagnahmt worden. Graf ist Autor der revisionistischen Schriften „Der Holocaust-Schwindel“, „Der Holocaust auf dem Prüfstand. Augenzeugenbericht“.

te versus Naturgesetze“ und „Auschwitz. Tätergeständnisse und Augenzeugen des Holocaust“.

München. Der revanchistische „Witikobund“ (Sitz: München) begrüßt in seinem „Mitteilungsblatt der nationalen sudetendeutschen Gesinnungsgemeinschaft“ mit dem Titel „Witikobrief“ regelmäßig die neugewonnenen Mitglieder, so auch in der aktuellen Ausgabe den Rechtsextremisten Heinrich Piebrock, mehrfacher Redner bei den neonationalsozialistischen „Hetendorfer Tagungswochen“ von Jürgen Rieger, beim „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG) und beim „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ (NHB), der NPD-Studierendenorganisation.

Neuer Vorsitzender des bayrischen Landesverbandes des „Witikobundes“ ist Martin Pabst. Er löst den bisherigen Landesvorsitzenden Horst Rudolf Übelacker ab, der sich ganz der Arbeit als Bundesvorsitzender widmen möchte. Pabst, zugleich Beauftragter des „Witikobundes“ für die Jugendarbeit, ist der dritte Landesvorsitzende in der Geschichte des Landesverbandes. Publizistisch tat sich Pabst u.a. als Autor in der „Jungen Freiheit“, „Student“, „Criticon“, „Nation+Europa“, „Deutsche Geschichte“, „Deutsche Annalen“ (Druffel-Verlag), „Ostpreußenblatt“ und „Transparenz der Medien“ („Bürger fragen Journalisten“) hervor.

Potsdam - Die brandenburgische CDU hat ein Ausschlußverfahren gegen den in ihren Reihen aktiven Neonazi Ulli Boldt eingeleitet. Boldt war von September 1994 an Vorsitzender der „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.“, einem Sammelbecken für das rechtsextremistische Spektrum Berlins, zuvor war er Kader der mittlerweile verbotenen „Nationalistischen Front“. Im Sommer 1994 zeichnete Boldt verantwortlich als Anmelder von „Rudolf-Heß-Gedenkmärschen“ in Frankfurt/Oder und Oranienburg, bis März 1996 betrieb er das „Nationale Infotelefon Berlin“ (NIT). Das rechtslastige „Studienzentrum Weikersheim“, in dem sich Boldt als Führungsmitglied der Nachwuchsorgani-

Adresse:

sation „Junge Weikersheimer“ ebenfalls engagierte, hat den Neonazi 1995 ausgeschlossen. In der CDU brachte es Boldt jetzt immerhin zum Pressesprecher der Jungen Union in Königs-Wusterhausen.

Starnberg/Bayern. Die „Deutschland-Bewegung“ von Alfred Mechttersheimer, der erstmals im Zwischenbericht 1966 des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes in der Rubrik „Rechtsextremismus“ aufgeführt ist, hat nach Meldung in der „Jungen Freiheit“ nunmehr auch einen „politisch-parlamentarischen Arm“. Als solcher versteht sich die jüngst in Berlin gegründete Partei „Bündnis Deutschland“, in der sich abgehalfterte Polit-Recken zusammengefunden haben. Bundesvorsitzender ist Helmuth Reichmann. Dem Gründungsvorstand gehören an: Ekkehard Birkhold (zuvor: „Demokratische Erneuerung“, „Republikaner“, Wolfgang Schmidt, Alexander von Waldow (zuvor: DSU, „Aufbruch '94“), Peter Münch (zuvor: „Freie Bürger-Union“), Heide Walde (zuvor REP) und Gerhard Seibt.

Stuttgart/Craillsheim - Der Geschichtslehrer am Craillsheimer Albert-Schweitzer-Gymnasium Eduard Huber ist wegen „pädagogisch unverantwortlicher“ Äußerungen zum Nationalsozialismus und rechtsextremer Ansichten bis auf weiteres vom Dienst suspendiert. Dies hat das Stuttgarter Ober-schulamt nach einer Anhörung des Lehrers beschlossen und gegen diesen ein förmliches Disziplinarverfahren eingeleitet. Der Craillsheimer Geschichtslehrer hatte seine Schülerinnen und Schüler jahrelang mit rechtsextremistischen Quellen gefüttert.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.

Vorlag:

Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 2599 1641, Fax 2599 1654

Redaktionsleitung:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:

DAVIS BONN GmbH

Druck:

Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten